

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Putschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 44, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80466 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 255 B

BERLIN • Sonnabend, den 29. Oktober 1932

1. JAHRGANG

Die Vergewaltigung Preußens!

Keine Aenderungen trotz des Leipziger Urteils.

13. Parteitag der spanischen Sozialdemokratie.

H. P. Madrid, Oktober 1932.

Zum ersten Mal nach dem Sturz der Monarchie trat die Sozialdemokratische Partei Spaniens (SPS) wieder zu einem ordentlichen Kongreß zusammen, an dem annähernd 500 Delegierte teilnahmen. Die Zahl der Mitglieder der Partei beträgt jetzt — wie aus den Berichten hervorgeht — 80 000. Interessant ist das rasche Tempo ihres Wachstum: Ende 1928 hatte sie 8017 Mitglieder, Ende 1929 15 181, Ende 1930 schon 25 009, und Ende 1931 zählte sie 66 506 Mitglieder! In den Cortes hat die SPS von insgesamt 470 Sitzen 117 inne und ist damit die stärkste Fraktion. In der Regierung wird sie durch drei Mitglieder vertreten: Fernando de los Rios (Unterrichtminister), Indalecio Prieto (Minister für öffentliche Arbeiten) und Francisco Largo Caballero (Arbeitsminister). Der Präsident der Cortes, Julián Basteiro, ist ebenfalls Parteimitglied und war bis kurz vor dem Umsturz Vorsitzender der SPS.

Die Beteiligung an der Regierung.

Die ganze politische Welt der jungen Republik sah den Ergebnissen des Kongresses mit großem Interesse entgegen. Es ging ihr hauptsächlich um die Frage: Wird die Linke der Partei auf dem Kongreß siegen und die sozialistischen Minister veranlassen, von der Regierung zurückzutreten, wird die Partei in die Opposition gehen?

Die Furcht war unbegründet. Nicht der Kongreß bestimmte über die Minister, sondern umgekehrt — die Minister hatten den Kongreß in der Hand.

Die Wortführer der Opposition, Basteiro und Saborit, hatten schon bei den vorangegangenen Sitzungen an Boden verloren. Vor überfülltem Saal setzten nun die Ministergenossen ihre Argumente für das Verbleiben in der Regierung auseinander und zerstreuten damit alle Bedenken und Zweifel. Dem Parteitag gaben sie den einleuchtenden Rat, eine Mehrheit zu gewinnen, damit die sozialistischen Minister dann sozialistische Politik machen können. Manche fühlen hier den Haken: Wie soll man die Mehrheit gewinnen, solange sozialistische Minister keine sozialistische Politik machen?

Der Parteitag entschied, daß die Bedingungen für den Austritt aus der Regierung noch nicht gegeben seien und daß der Parteiausschuß darüber entscheiden könne, wann der Rücktritt erfolgen solle.

Man kann freilich manches aussetzen an der Ministerfähigkeit der drei Sozialdemokraten. Sie haben keine theoretische Schulung, wie ihre deutschen Kollegen, die auf so unruhliche Art aus ihrer letzten Bastion hinausgeführt wurden. Sie haben aber etwas mehr Tatkraft und scheuen sich nicht, das Wort „Revolution“ selbst als Minister in den Mund zu nehmen. Nimmt man hinzu, daß in manchen Parteistellen viele junge Kräfte stehen, daß im Lande draußen die Mitglieder an revolutionärem Willen den Kommunisten in nichts nachstehen, und daß die Teilnahme an Parteiveranstaltungen als Pflicht anerkannt wird und darum auch erfreulich rege ist, dann übersieht man manche Schwächen und gewinnt Hoffnung, daß aus der spanischen Revolution noch etwas Gutes wird. Die Energie ist in diesem Kongreß deutlich zu fühlen gewesen. Sie ist noch nicht erlahmt und wird auch nicht erlahmen, solange die jungen Kräfte auf der linken Seite stehen.

Sozialistische Minister könnten heute in Spanien nützliche Arbeit leisten, wenn sie es sich zum Ziel machen, günstige Bedingungen zu schaffen für den letzten Schlag gegen die herrschende Klasse. Aber vor dieser Aufgabe schreckt die Partei zurück, weil sie, gemäß dem Phasenschema ihrer Lehre annimmt, daß erst die Entwicklung der bürgerlichen Republik erfolgen müsse, und sie begrüßt deshalb die Einigungsbestrebungen des republikanischen Bürgertums unter Führung Azañas und hofft, daß ein starker Bürgerblock ihr demnächst die schwere Last der Regierungsbeteiligung aus der Hand nimmt. Zu solch eigenartigen Konsequenzen führt die Theorie einer Klassenkampfpartei. Der Gegner muß erst groß gezogen werden, damit das dialektische Spiel ordentlich funktioniert.

Wer. Die Reichsregierung steht vor der nicht einfachen Aufgabe, die Verschluckung Preußens in die Machtsphäre der monarchistischen Junker mit dem Leipziger Urteil und mit einer einigermaßen haltbaren rechtlichen Begründung in Einklang zu bringen. Die Telegraphen-Union berichtet über die neuesten Pläne der Reichsregierung:

Man beabsichtigt, die dem Reichskommissar als zu Recht bestehend zuerkannten Verwaltungsbefugnisse in Preußen voll auszunutzen und die seit längerem beabsichtigten Maßnahmen der Verwaltungsreform nunmehr baldigst in Gang zu bringen.

Dabei soll der Dualismus Reich—Preußen, soweit dies auf dem Verwaltungswege durchführbar ist, beseitigt werden.

Geplant ist, die Personalunion zwischen Reichs- und preußischen Ministern möglichst weitgehend zu verwirklichen und Reichsminister mit der kommissarischen Wahrnehmung der Geschäfte preußischer Ministerien zu beauftragen. Als besonders verwaltete preußische Ministerien sollen danach nur noch erhalten bleiben die preußischen Ministerien des Innern, der Finanzen und des Kultusministeriums. Die heutige Stellung Brauchs würde die eines Reichsministers ohne Portefeuille werden, der gleichzeitig mit der Wahrung der Geschäfte des preußischen Innenministers kommissarisch beauftragt wäre. Der Reichsernährungsminister würde mit der Wahrung der Geschäfte des preußischen Landwirtschaftsministeriums kommissarisch beauftragt werden und der Reichswirtschaftsminister mit der des preußischen Handelsministeriums, das allerdings wahrscheinlich erheblich verkleinert werden dürfte.

Das preußische Wohlfahrtsministerium soll ganz verschwinden.

Die Restaufgaben würden andere Ministerien mit übernehmen.

Was das Verhältnis zu dem preußischen Staatsministerium Braun angeht, dem die Hoheitsrechte der Vertretung des Landes zuerkannt sind, so hofft man zuversichtlich, sich über die Zuständigkeitsfragen in der Praxis zu einigen. Am Sonnabend wird Braun von Hindenburg empfangen werden.

Besonders wichtig ist ferner die Feststellung, daß die Reichsregierung der Meinung Otto Brauns nicht zustimme, wonach der Reichskommissar nur Maßnahmen ergreifen dürfe, die der Sicherung von Ruhe und Ordnung dienen.

Wer hungert, wird verprügelt!

Polizei gegen die Hungerdemonstration im Hyde Park.

An der Kundgebung der 2000 englischen Hungerdemonstranten, die am Donnerstag in London stattfand, nahmen insgesamt etwa 30 000 Londoner Arbeiter teil. Aus allen Teilen der Stadt bewegten sich lange Demonstrationszüge auf den Hyde Park zu, an dessen Eingängen der Verkehr vollkommen lahmgelegt war. Bei der Kundgebung wurde gleichzeitig von 30 Plattformen gesprochen.

Die Demonstrationen und die Kundgebung im Park verliefen völlig ruhig, bis die Polizei plötzlich — infolge einiger Plänkeleien mit Zuschauern — scharf mit dem Gummiknüppel vorging. Die Menge antwortete mit Steinen und anderen Wurfgeschossen, einige versuchten, den Polizeipferden Sand in die Augen zu werfen, um sie scheu zu machen. Es kam

Es ist aber wahrscheinlicher, daß sich hinter dieser Theorie das nicht unbegründete Gefühl der Schwäche verbirgt. Die Partei ist ideologisch keineswegs vorbereitet, den Staatsapparat zu übernehmen. Es fehlen ihr die Männer mit klaren Auffassungen über die vordringlichsten Aufgaben nach einer Revolution. Einige Funktionäre haben mir versichert, daß die demokratische Staatsform für die Partei nur ein Mittel ist, auf das sie verzichtet, wenn ihre Kräfte eine Diktatur gegen das Bürgertum erlauben. Es steht sehr dahin, ob dies auch die Auffassung der Parteiführer ist.

Leider sind die Lehren, die sich für die ganze internationale Arbeiterbewegung aus der jüngsten deutschen Geschichte ergeben, mit Beharrlichkeit übersehen, mit keinem Wort erwähnt worden. Wohl hat man auf Frankreich, Belgien und Schweden Bezug genommen und versucht, die Regierungsbeteiligung mit diesen Hinweisen zu rechtfertigen. Es steht zu befürchten, daß man die Lehren

AUS DEM INHALT:

Zu Leonard Nelsons Todestag.
Unter den Rädern der Justiz.
Mieterstreik erfolgreich beendet.
Papens Taten — Papens Erfolge.
Ausstellung gegen den Japan-China-Krieg.

Es sei vielmehr so, daß der alten preußischen Regierung nur die sogenannten Reichsratsbefugnisse zugewilligt worden seien, sodaß sie also nur ganz beschränkte Rechte zu beanspruchen habe. Für den Verkehr zwischen der Braun- und Braucht-Regierung wird wahrscheinlich eine besondere Dienststelle eingerichtet werden.

Das Leipziger Urteil hat ausdrücklich erklärt, daß die Notverordnung vom 20. Juli

nur zu rechtfertigen sei aus Gründen der Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Bei der juristischen Fixigkeit der Kronjuristen (wie Schmitt u. ä.) allerdings war zu erwarten, daß jeder mit diesem Urteil machen würde, wozu Laune und Macht ihn befähigen (wozu die Rechtsprelle auch unverhüllt antreibt!). Preußen wird also durch die Reichsregierung weiter verschluckt werden, wie dies zum Beispiel der an anderer Stelle mitgeteilte

neue Schub von politischen Beamten

schlagend beweist. Es stellt sich also klar heraus, daß die Entscheidung über die Entwicklung in Deutschland und Preußen von juristischen und vor allem rechtlichen Erwägungen ziemlich unabhängig sein wird. Ein bloßer Machtkampf hat hier eingesetzt.

Hindenburg hat versichert, daß Papen nach wie vor der Mann seines Vertrauens ist.

Die „Nationalsozialistische Korrespondenz“ fordert den Rücktritt Papens und, falls er dies nicht von selber tue, von Hindenburg, daß er ihm den Stuhl vor die Tür setze.

zu wüsten Szenen, bei denen etwa 50 Personen, darunter mehrere Polizisten, verwundet wurden. In der Gegend des Hyde Park wurden viele Ladenfenster zerbrochen und Gebäude beschädigt. — Nach den Berichten über diese Ereignisse scheint es klar zu sein, daß die Demonstration vollkommen ruhig verlaufen wäre, wenn die Polizei nicht in übergroßem Maße mobilisiert und in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden wäre.

Völlig im Einklang mit dieser Art, die Erwerbslosen wie gefährliche Verbrecher zu behandeln, vor denen man die friedliche Bevölkerung Londons mit 18 000 Polizisten beschützen muß, steht auch die Weigerung des Parlaments, eine Abordnung der Hungerdemonstranten zu empfangen. Diese werden nun, nachdem der Antrag der unabhängigen Arbeiterpartei zurückgewiesen worden ist, in einer Bittschrift an das Parlament um ihre Vorlassung ersuchen.

der SPD übersehen will, weil deren ernsthafte Prüfung zu Konsequenzen führen könnte, die den Parteikarren aus dem schön eingefahrenen Geleise werfen könnte.

Der Haß gegen die Guardia Civil.

Dieser Haß kaum auf dem Kongreß unverhohlen zum Ausdruck. Diese noch immer monarchistisch-reaktionäre Truppe spielt sich auf dem Lande als Privatarmee der „Kaziken“ auf, (willkürlich herrschende Landjunker, denen oft ganze Dörfer gehören und die Despoten in ihrem Reiche sind), und geht brutal gegen hungernde Landarbeiter vor. Ein Vorstandsmitglied meinte, gegen diesen Zustand könne man am besten durch Wahlen vorgehen. Es ist zweifelhaft, ob dieser Rat für die Dorfbewohner sehr tröstlich ist, in deren — glücklicherweise noch einfachen — Gehirne es nicht hineingeht, daß ein Stimmzettel das Wunder bewirkt, sie von der Plage der Guardia Civil zu befreien. Der radikale Antrag auf sofortige Auflösung der Guardia Civil

und Erichtung einer republikanischen Landgendarmarie schien den Ministern nicht zu gefallen. Sie wollten das Wort „Auflösung“ durch „Umwandlung“ ersetzen; aber der Parteitag blieb bei der Auflösung.

Sonderbare Pazifisten.

Auch radikale Anträge gegen den Militarismus, z. B. für Abschaffung des Heeres, revolutionäre Streiks gegen den kapitalistischen Krieg u. s. w., paßten nicht in das Konzept der Regierungskollegen Azafias, der bekanntlich an der Schaffung eines neuen Heeres arbeitet. Es gelang ihnen, den Kongress dazu zu bewegen, die Abschaffung des Heeres nicht zu „fordern“, sondern „anzustreben“! De los Rios fand plötzlich, im Gegensatz zu seiner sonstigen Ansicht über den Wert der Bildung und Kultur, daß ein Volk ohne Waffen heute verachtet werde. Largo Caballero macht die unwahrscheinliche Angabe, daß der größere Teil der Ausgaben für Lazarette bestimmt sei. Zu diesem Argument paßt das andere vorzüglich:

„Wir Sozialisten sind Feinde des Militarismus und müssen es bleiben. Aber wenn wir jetzt die Fabrikation der Waffen einstellen wollten, dann würden Tausende von Arbeitern auf die Straße fliegen. ...“

Es wird nicht alles gegen die Reaktion getan.

Die größte Gefahr sind auch hier die demokratischen Illusionen. Wie gefährlich der Weg ist, auf dem die SPS wandelt, zeigt folgender Ausspruch eines Parlamentärs:

„Wir müssen eine nachgiebige Politik treiben und Opfer bringen, was im Lande draußen und leider von den eigenen Parteigenossen nicht immer verstanden wird. Ihr müßt die Arbeitermassen erziehen, um eine Mehrheit zu erlangen, mit der wir dann eine rein sozialistische Politik durchführen können.“

Die enge Verbindung von Partei und Gewerkschaft verhindert die Zusammenfassung der ganzen Arbeiterschaft in der Gewerkschaft. Solange die Arbeiterschaft in zwei gleich große und einander feindliche Lager geteilt ist, hat die Reaktion Aussicht auf Erfolge. Im „Funken“ ist bereits über die Gefahren der Gesetzgebung auf gewerkschaftlichem Gebiet hingewiesen worden. Andere Gesetze, die einer bürgerlichen Regierung willkommenes Handhaben gegen jede Richtung der Arbeiterbewegung bieten, sind in Vorbereitung.

Auf kollektivistischen Pfaden.

In Spanien kann man jetzt besonders gut beobachten, wie das Dogma von der Planwirtschaft die SPS unfähig macht, einen anderen Ausweg aus der Krise zu finden, als den, die Behörden anzufordern, einen Plan auszuarbeiten! Dazu kommt, daß in der Partei die Wirtschaftssachverständigen fehlen.

Die SPS wendet sich gegen die indirekten Steuern und verlangt deren Abschaffung. Dagegen sollen erhöht werden die Kapitaleinkommensteuer, Wertzuwachssteuer, Besitzsteuer und Besitzwechselsteuer, die Luxussteuer u. s. w. Steuern also, die am richtigen Orte sind und die Kaufkraft der Massen nicht besteuern.

Die SPS verlangt die sofortige Anerkennung der Sowjet-Union durch Spanien und findet es unverständlich, daß Spanien in Rom zweimal vertreten ist, bei Mussolini

und beim Papst, während in Moskau kein spanischer Vertreter die Geschäfte führt.

Der neue alte Kurs.

Die Neuwahl brachte dem gemäßigten Flügel den erwarteten Sieg. Largo Caballero wurde mit 15817 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. Der Gegenkandidat Basteiro vereinigte auf sich 14261 Stimmen, unterlag also nur knapp. Der Kurs für die nächste Zeit ist deutlich vorgezeichnet: Nachgiebige Politik an der Seite des auf dem Boden der Republik sich sammelnden Bürgertums.

Ausstellung gegen den Japan-China-Krieg.

In dem Antikriegs-Museum von Ernest Friedrich ist eine Ausstellung über den japanisch-chinesischen Krieg (geöffnet von 10 bis 19 Uhr).

Was einem zuerst in die Augen springt, sind zwei große, nebeneinanderhängende Bilder; das eine zeigt den Kopf eines japanischen und das andere den eines chinesischen Soldaten, die etwa 18 Jahre alt sein mögen. Beide sehen gleich intelligent und schön aus; aus den Augen leuchten Lebenskraft und Energie ihrer blühenden Jugendjahre. Wie gut könnten sie Freunde oder Kameraden sein, hätten sie sich auf andere Weise kennengelernt! Doch sie sind heute auf dem Schlachtfeld in China und werden vielleicht nicht eher aufhören, aufeinander zu schießen, bis der eine den andern getötet hat. Sie tun, als ob sie Feinde wären, weil man sie an die Front gejagt hat; man betrügt sie.

Ein Bild zeigt das chinesische Stadtviertel Tschapei, in dem der übliche lebhafteste Verkehr herrscht. In der Luft wehen unzählige Fahnen, die aus den Ladenfenstern heraushängen. Auf der Straße sind Menschen und Fahrzeuge in mannigfacher Art: ein buntes, wirklich chinesisches Bild. Im nächsten Augenblick sieht man nur noch die Ruinen dieser Stadt! So sind auch andere chinesische Städte in der Mandschurei zerstört worden.

Eine große Reihe von Bildern zeigt nichts anderes als Elend und Grausamkeit, die Werke des japanisch-chinesischen Krieges: Reste von bombardierten Häusern, Schützengräben, Leichen und Leichenteile, die auf Wegen und Feldern verstreut liegen, Bauern und Arbeiter, die von der Kugel getroffen, niedersinken. Flüchtlinge, darunter auch Europäer, mit Kindern und ihrer letzten Habe. Einige von ihnen, die seit Tagen nichts zu essen hatten, kamen in Tientsin zusammen und wurden dort von den Wohlfahrtsbehörden mit Reisuppe bewirtet. Auf dem Gesicht tragen sie diesen Ausdruck des Elends, der Freude und auch des Glücks. In mir empörte sich das Blut. Ich wandte meinen Blick weiter.

Die „verd. . . Polen“.

Das „Großpolnische Lager“ in den Grenzprovinzen verboten!

Nachdem vor wenigen Wochen die Kampforganisation der nationaldemokratischen Partei, „das großpolnische Lager“, in der Wojwodschaft Pommerellen verboten worden ist, ist sie nun auch in Posen aufgelöst worden. Die Organisation hatte in Pommerellen 60 000, in Posen 100 000 Mitglieder.

Außenpolitische Aussprache in der französischen Kammer.

Herriot hat sich bereit erklärt, dem Antrag Franklin-Bouillons, den französischen Abrüstungsplan in der Kammer zu beraten, doch nachzugeben — anscheinend sind die Streitigkeiten zwischen Regierung und Generalstab wirklich beigelegt. Auf eine Besprechung der Kriegsschuldenfrage will Herriot sich dagegen nicht einlassen. Marin hat seinen dahingehenden Antrag zurückgezogen. — Der Frieden ist also wieder hergestellt.

Auf einem Plakat schwören die Chinesen, das Unrecht und die nationale Schande mit Blut zu rächen; auf einem anderen steht ein japanischer Soldat vor einem chinesischen öffentlichen Gebäude, an dessen Tür zu lesen ist: dauernde Besetzung. Auf einem Bild sieht man, wie der Kriegshaf in Japan durch die zeremonielle Bestattung der Gefallenen geschürt wird. Also fern ist noch die Hoffnung auf Kriegsende! Auf diese Weise wird der nationalistische Geist entfacht und gepflegt, der einen rechtlichen Verkehr zwischen den Staaten verhindert!

Einige andere Bilder zeigen die Grausamkeit der Hinrichtung in China. Enthauptete Körper liegen im Blut, die Köpfe sind auf lange Stangen gespießt. Sie haben einen furchtbaren und schauerlichen Blick. Man kann fast auf ihren krampfentstellten Gesichtern noch den Schmerz erkennen. Auf einem Bild daneben steht stolz der Henker und wischt das blutige Beil ab.

Diese grausamen Hinrichtungen kenne ich. Ich habe sie selber gesehen, als die Kuomintang 1927 die Kommunisten ausrotten wollte. Auch heute werden Kommunisten hingerichtet, sobald sie entdeckt werden. Die Hinrichtung ist furchtbar. Doch kann ich nicht sagen, daß die Massenmordrichtung durch Maschinengewehre und Giftgase weniger grausam ist. Im Gegenteil! Doch über diese Unkultur schämt sich niemand. In Deutschland und in den meisten anderen Ländern Europas spürt man überall nationalistischen Geist und Kriegsstimmung. Umso wichtiger wird die Aufgabe aller Sozialisten und aller anderen Recht und Kultur liebenden Menschen, dieses Unrecht und diese Unkultur mit aller Kraft zu bekämpfen!

Chi-Yin Chen.

Die mandschurische Regierung hat beschlossen, den Vorsitzenden des Verwaltungsrats der chinesischen Ostbahn zum mandschurischen Geschäftsträger in Moskau zu ernennen.

Diese Organisation hat in ihrer Presse eifrig gegen Deutschland gehetzt und damit der deutschen nationalistischen Presse Schlagzeilen geliefert.

Wie leid muß es den Polenfressern um Hugenberg tun, daß ihre besten Giftlieferanten fort sind.

Das dänische Folketing ist auf Veranlassung des dänischen Königs aufgelöst worden, weil die Regierung bei ihren handelspolitischen Plänen keine Mehrheit hinter sich hatte. Die Folketing-Wahlen sollen am 16. November stattfinden.

Ernst und Heiterkeit. Zu Leonard Nelsons Todestag am 29. Oktober 1927.

Vor fünf Jahren ist Leonard Nelson gestorben, der kühne Anwalt der politischen Ideen, die wir im „Funken“ vertreten, unser eigener Lehrer und Freund. Wir waren z. T. Sozialisten und Freidenker, die wir seine Schüler und Mitarbeiter wurden. Viele von uns waren ihm an proletarischer Erfahrung voraus. Aber alle haben wir das Eine gelernt — was uns nicht nur mit ihm, sondern weit tiefer noch mit dem Kampf für den Sozialismus verband:

daß dieser Kampf eine unumstößliche Forderung der Gerechtigkeit ist,

daß weder der Mangel an Eignung, noch das Versagen des persönlichen Interesses, noch auch die Zugehörigkeit zu einer Klasse, die Menschen von der Pflicht entbindet, für die Abschaffung der Ausbeutung alle verfügbaren Kräfte herzugeben.

Die Möglichkeit, unter Nelsons wissenschaftlicher Führung die Wahrheit dieser Forderung zu erkennen, in ihr ein Gebot der vernünftigen Selbstbestimmung zu entdecken, das Dogma des historischen Materialismus zu überwinden, war nicht die beste Gabe, die wir diesem Genossen verdanken. Viele von uns haben nie die Gelegenheit gehabt, unter ihm geistig zu arbeiten. Aber in den von ihm geschaffenen Organisationen pocht die Kraft von Forderungen, wird

die Verbindung von Einsicht und Tat fühlbar, und diese in unser Leben eingedrungene Wahrheit hat uns ergriffen und hat uns die Macht und die Größe der Rechtsidee erfahren lassen.

Charaktere zu bilden im täglichen Kampf ums Recht, sich schützend vor Kinder und Tiere zu stellen, Seite an Seite neben die Genossen, angreifend vor die Ausbeuter in allen Lagern, diese praktische Übung des Willens haben wir durch Nelson achten gelernt.

Die Bereitschaft zu solchen Anstrengungen entsprang bei ihm keineswegs der unmittelbar pädagogischen Absicht: Menschen dahin zu bringen, aus sich selber gut zu sein. Das von den heutigen Machthabern systematisch geübte Unrecht beraubt Millionen der Freiheit, ihre Kräfte zu gebrauchen und zu entfalten, stiehlt ihnen die Möglichkeit, an etwas anderes zu denken als wie man satt wird, seine Stube behält oder sich hie und da ein billiges Vergnügen verschafft. Die nächste Aufgabe kann daher nur die sein, die Urheber jenes Systems zu beseitigen.

Nelsons moralische Energie richtete sich also auf ein politisches Ziel. Sie entsprang der nüchternen Einsicht, daß die Verwirklichung des Rechts in der Gesellschaft durch äußere Gewalt gesichert werden muß und daß der Kampf

ums Recht zu Machtkämpfen führt. Da die Reinerhaltung des Ziels — die Errichtung einer ausbeutungsfreien Gesellschaft — inmitten solcher Machtkämpfe aber nicht selber wieder durch bloße äußere Machtmittel garantiert werden kann, bleibt nur der Weg, sie durch die Macht des unbestechlichen Charakters zu verbürgen.

Im Dienst einer politischen Aufgabe also entsteht hier die Notwendigkeit der Festigung des Willens, der Unterwerfung der Neigungen unter die Anforderungen der Sittlichkeit.

Welche Erwartungen hat Nelson daran geknüpft, Menschen an eine solche Aufgabe zu fesseln?

Er war sich darüber klar oder lernte es aus Erfahrung, daß keine der heute bestehenden Organisationen die Verbindung zwischen Politik und moralischer Verantwortung im dem Sinn anerkennt, wie er sie als Voraussetzung für eine sinnvolle politische Arbeit forderte — weder eine der bestehenden Schulen, noch eine der bestehenden Parteien. Er war daher genötigt, Organisationen des Rechts selber erst zu schaffen, damit zu beginnen, zunächst an die Einzelkräfte im Menschen zu appellieren und den Zusammenschluß dieser Einzelkräfte zu organisierter Arbeit allmählich erst in Gang zu setzen.

Das Vertrauen in das Vorhandensein solcher Kräfte im Menschen brauchte Nelson nicht erst künstlich in sich zu entfachen.

Das Vertrauen in die Vernunft des Menschen war die Grundlage seines Denkens, seiner gesamten Lebensansicht.

Er hat diese Grundlage mit den Methoden der Wissenschaft nachgeprüft; dabei gelangte er zu einer tieferen Einsicht in das Wesen der Vernunft. Aber sein ursprüngliches Vertrauen in die Bedeutung dieses Vermögens bedurfte dieser Nachprüfung nicht.

Nach Abschluß derselben ging er an die Verwirklichung seiner Aufgaben: er fing an, Genossen in die Rechtsideen einzuführen und mit ihnen praktisch politisch zu arbeiten.

An seinem Todestag heute kommt mir die Erinnerung an jene Anfänge, die noch während des Krieges einsetzten. Unvergesslich für die Teilnehmer ist der Einführungs-Abend der ersten Kurswoche geblieben, an dem er über die Bedingungen der gemeinsamen Arbeit, wie sie ihm vorschwebte, sprach. Er nannte zunächst die äußeren Bedingungen, feste und klare Anforderungen, die jeder zu erfüllen hatte, der an dieser Arbeit teilnehmen wollte. Danach ging er zu den inneren Bedingungen über, zu den Kräften, die der Mensch mitbringen sollte, der sich zu einer solchen Aufgabe entschließt. Die meisten erwarteten, etwas über Klarheit des Denkens, Ausdauer, Fleiß, Umsicht und ähnliche Fähigkeiten zu hören. Nelson erwähnte diese Kräfte nicht mit einem Wort; er sprach von einer ganz anderen Fähigkeit

des Menschen und zeigte den Zusammenhang zwischen dieser Kraft und der vor uns stehenden Aufgabe.

Er sprach von der Heiterkeit des Menschen, die er das hervorstechendste und schönste Kennzeichen des unverdorbenen Menschen nannte. Diese Heiterkeit des Unverdorbenen — wie er sie verstand — entspringt nicht irgend einem Leichtsinne, „sie ist nicht die Folge einer vom Ernst des Lebens unberührten Unerfahrenheit“, sie kann vielmehr mit der Erfahrung jedes Alters Hand in Hand gehen.

Nelson stellte die Frage nach dem Ursprung dieser Heiterkeit, nach dem tieferen Grund, aus dem sie selber ihre Kraft zieht — und deckte ihn auf. Der Grund liegt in dem

Vertrauen in die Kraft des Menschen, der Aufgaben Herr zu werden, die er sich gesetzt hat.

Dieses Vertrauen kann man spüren: es äußert sich in der Kühnheit, mit der solche Menschen ans Werk gehen, in der Entschlossenheit, mit der sie den Hindernissen standhalten, in der Glaubenskraft, mit der sie den eigenen und fremden Zweifeln entgegentreten. Wer dieses Vertrauen besitzt, den Ernst dieses Vertrauens, und ihm folgt — ist heiter. Heiterkeit und Ernst stehen also — so befremdlich das im ersten Augenblick klingen mag — in einem tiefen und unmittelbaren Zusammenhang.

Nach der Heiterkeit, die in solchem Ernst wurzelt, hielt Nelson Ausschau bei der Suche nach Menschen. An diesen zarten und reinen Ansatz knüpfte er das Gewebe seiner Forderungen, im Innersten überzeugt, daß jener Ansatz sich festigt, wenn die Organisation nur auf der Hut ist, mit den Hoffnungen ihrer Genossen keinen Mißbrauch zu treiben.

In späteren Jahren hat Nelson den Zusammenhang von Ernst und Heiterkeit bei einer anderen Gelegenheit in strengere Worte gekleidet:

„Das ist das Große und Bezwingende der Rechtsidee, daß sie eine bestimmte Aufgabe stellt, daß sie diese bestimmte Aufgabe als notwendig erkennen läßt, daß sie deren Erfüllung als Grundbedingung eines menschenwürdigen Daseins erweist und damit dem, was der Mensch sein soll, eine klare und sichere Richtung gibt.“

Aber jene klare und einfache Antwort, die er auf die Frage nach der Verwirklichungsmöglichkeit seines Ziels zu Beginn seiner Arbeit fand, ist, obwohl er später selten mehr über diese Anschauungen sprach, in Wahrheit nie aus seinem Bewußtsein gewichen. Oft hat er ihre Wahrheit bestätigt gefunden, niemals stärker als bei dem Menschen, dessen politische Kraft er über die aller seiner anderen Zeitgenossen stellte, bei Lenin. In diesem Revolutionär fand Nelson jene Heiterkeit, die aus der Sicherheit der eigenen Ueberzeugung entspringt. In Lenin lebte das ruhige Bewußtsein, daß sein Leben dem Kampf gehörte, und der Glaube, daß Menschen diesen Kampf gewinnen können. Kann es eine tiefere und reinere Quelle der Heiterkeit geben?

Minna Spocht.

Arbeitsdienstlager der Arbeiterschaft?

K. und M., zwei freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, diskutieren lebhaft über die Frage, ob Arbeiterorganisationen im Rahmen des heute nun einmal bestehenden freiwilligen Arbeitsdienstes eigene Arbeitsdienstlager einrichten sollen oder nicht. Sie haben bereits eine Reihe — auch die im „Funke“ Nr. 236 vom 7. Oktober 1932 aufgeführten — Gründe für und wider die Einrichtung eigener Arbeitsdienstlager durchgesprochen und M., dem es große Sorgen bereitet, daß so viele junge Proletarier in die Lager der Nationalsozialisten laufen, ruft verzweifelt aus:

M.: Mein lieber K., ich gebe ja zu, daß die Einrichtung eigener Arbeitsdienstlager unsere Stosskraft gegen die Arbeitsdienstpflicht hemmt:

ich gebe auch zu, daß wir eine Einrichtung, die nur die Einführung der Arbeitsdienstpflicht erleichtern soll, nicht unterstützen dürfen;

es ist auch richtig, daß wir dann, wenn wir eigene Arbeitsdienstlager einrichten, nicht mehr gegen die Einrichtung nationalsozialistischer Lager protestieren können;

es ist ebenfalls richtig, daß man die Arbeiterorganisationen daran hindern wird, die Arbeitsdienstlager in ihrem Sinne zu gestalten;

ich sehe auch die Gefahr, die darin besteht, daß man infolge der Zweideutigkeit des Wörtchens „zusätzlich“ notwendige Arbeiten dem freiwilligen Arbeitsdienst überträgt und ich sehe auch noch eine Reihe anderer Gründe, die gegen die Einrichtung eigener Arbeitsdienstlager sprechen. Aber wir müssen doch auch etwas dagegen tun, daß unsere Jugend aus Abenteuerlust und materieller Not in die nationalsozialistischen Lager läuft;

wir müssen zur Linderung der seelischen Not unserer jugendlichen Arbeitslosen beitragen;

wir sollten auch versuchen, die Arbeitsdienstlager zur Propaganda, Schulung und Erziehung in unserem Sinne auszunutzen;

wir haben doch eventuell die Möglichkeit, durch solche Arbeitsdienstlager mit staatlichen Mitteln nützliche Einrichtungen für uns zu schaffen u. ä. m.

Auf jeden Fall aber sollten wir versuchen, mit dem Mittel des freiwilligen Arbeitsdienstes, genau so, wie wir es mit dem Mittel des Parlamentarismus versuchen, aus der kapitalistischen Gesellschaft für die Arbeiterschaft herauszuholen, was herauszuholen ist. Bist du nicht auch dieser Meinung?

K.: Gib' einmal acht, M., daß, was Du für die Einrichtung eigener Arbeitsdienstlager anfängst, ist richtig und möglich unter einer Voraussetzung, nämlich, daß die Arbeitsdienstlager von solchen Organisationen eingerichtet und geleitet werden, die es tatsächlich verstehen, diese kapitalistische Einrichtung im Interesse der Ausgebeuteten auszunutzen. Haben wir eine solche Arbeiterorganisation? Du wirst doch zugeben, daß die Organisationen wie SPD, KPD, die Gewerkschaften und alle die anderen Massenorganisationen der Arbeiterschaft keine Gewähr dafür bieten. Und wenn wir selbst solche Organisationen hätten, so würden diese, infolge ihrer konsequenten, revolutionären Stellung gegen den heutigen Staat gar nicht als Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes zugelassen werden. Und zu den sozialdemokratisch beeinflussten Organisationen, die vielleicht Aussicht hätten, zugelassen zu werden, habe ich kein Vertrauen; mit denen haben wir schon in bezug auf die Ausnutzung des Parlaments im Interesse der Arbeiterschaft genügend üble Erfahrungen gemacht. Mein Schluß aus unseren bisherigen Überlegungen ist folgender:

1. Die Arbeiterorganisationen, die in der Lage wären, Arbeitsdienstlager im sozialistischen Sinne zu gestalten, und im Interesse der Arbeiterschaft auszunutzen, werden nicht als Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes zugelassen.

2. Die Arbeiterorganisationen aber, die Aussicht haben, von den heutigen kapitalistischen Machthabern als Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes zugelassen zu werden, haben so wie sie heute sind, unser schärfstes Mißtrauen; bieten uns keine Gewähr für die Ausnutzung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Interesse der Ausgebeuteten; sie bilden viel-

leicht sogar eine Gefahr, daß die von ihnen eingerichteten Arbeitslager zu kapitalistischen Zwecken mißbraucht werden.

3. Die Arbeiterorganisationen sollen keine eigenen Arbeitsdienstlager einrichten, sondern die heute bestehenden und den Arbeitsdienst als kapitalistische Einrichtungen aufschärfte bekämpfen.

M.: Deine Behauptungen 1 und 2 erkenne ich an, aber mir leuchtet der Schluß noch nicht ein, den Du daraus ziehst. Sollten wir nicht versuchen, so wie wir es in den Gewerkschaften tun, auch in den Arbeitsdienstlagern den Kampf gegen den reformistisch-opportunistischen Einfluß der SPD aufzunehmen?

K.: Nein, ich bin gegen einen solchen Versuch; denn erstens würden diejenigen Arbeitsdienstlager, in denen es uns vielleicht gelingen würde, den sozialdemokratischen Einfluß zu brechen und sie im sozialistisch-revolutionären Sinne auszugestalten, sehr bald aufgelöst werden und unsere ganze Arbeit wäre vergeblich gewesen und zweitens haben wir gerade genug zu tun, um den Einfluß der SPD in den Gewerkschaften und den anderen heute bereits bestehenden überparteilichen proletarischen Massenorganisationen zu brechen. Warum sollen wir unsere Kräfte noch mehr zersplittern und sogar noch Organisationen mit gründen helfen, damit wir dann nachher in ihnen

gegen den reformistischen Einfluß der SPD kämpfen können? Nein, ich bin

für eine klare Parole gegen den freiwilligen Arbeitsdienst und die Arbeitsdienstlager,

und wir sollten lieber in den Gewerkschaften dafür Propaganda machen, daß auch diese den Kampf gegen den freiwilligen Arbeitsdienst in jeder Form aufnehmen. Was meinst Du?

M.: Du hast recht! Wir dürfen unsere Kräfte heute nicht noch mehr zersplittern. Und mir scheint jetzt auch, als könnte die Einrichtung von Arbeitsdienstlagern durch die Gewerkschaften oder anderen proletarischen Organisationen nur ein Mittel werden, um die Einheitsfront-Bestrebungen der Arbeiterschaft zu stören, da doch die revolutionär eingestellten Arbeiterparteien, wie der ISK, die KPD und die SAP, dafür garnicht erst in Frage kämen. Wir wollen lieber versuchen,

die Ablehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Arbeitsdienst-Pflicht zu einer Einheitsfrontaufgabe zu machen.

K.: Wir sind uns also einig in der Ablehnung der Arbeitsdienstlager; versuchen wir nun auch die anderen Kollegen und Genossen von unserer Auffassung zu überzeugen. Also mach's gut!

Einheit!

Fritz Metz (Zwickau).

21 Wahlvorschläge.

Wie bei der vorigen Wahl, hat der Reichswahlauausschuß 21 Reichswahlvorschläge zugelassen, bei denen mindestens ein geschlossener Wahlkreisvorschlag vorhanden ist:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitler-Bewegung).
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
3. Kommunistische Partei Deutschlands.
4. Deutsche Zentrumspartei.
5. Deutschnationale Volkspartei.
6. Bayerische Volkspartei.
7. Deutsche Staatspartei.
8. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung).
9. Deutsche Bauernpartei.
10. Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund).
11. Gerechtigkeitsbewegung Meißner.
12. Großdeutsche Mittelstandspartei für Mittelstandsdiktatur.
13. Sozial-Republikanische Partei Deutschlands (Hörsing-Bewegung für Arbeitsbeschäftigung).
14. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.
15. Nationale Minderheiten in Deutschland.
16. Großdeutsche Volkspartei (Liste Schmalix) und Nationalsoziale Partei der Mitte (Handel, Handwerk, Gewerbe, Landwirte, Haus- und Grundbesitzer).
17. Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft).
18. Freiheitsbewegung Schwarz-Weiß-Rot (Reichsbund der Baltikum-, Oberschlesien-, Grenzschutz- und Freikorpskämpfer).
19. Deutsche Kaiserpartei.
20. Deutsche Präsidentspartei.
21. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern.

Wahlmöglichkeit für Reisende.

Am 6. November kann auf folgenden Bahnhöfen gewählt werden (Bekanntgabe der Abstimmungszeiten in den Zügen): Aachen Hbf., Augsburg Hbf., Bentheim, Berlin (Anhalter Bf., Friedrichstraße, Görlitzer Bf., Lehrter Bf., Potsdamer Bf., Schlesischer Bf., Sjetziner Bf., Zoologischer Garten), Bremen Hbf., Breslau Hbf., Charlottenburg, Cräuenburg, Dt.-Eylau, Dresden Hbf., Emmerich, Erfurt, Flensburg, Frankfurt a. M. Hbf., Freiburg (Br.), Freilassing (gegenüber dem Bahnhof im Bahnhofshotel Föckerer), Friedrichshafen (Hafenbahnhof), Groß-Boschpol (Pommern), Hagenow Land, Hamburg Hbf., Hannover Hbf., Insterburg, Karlsruhe Hbf., Kehl, Koblenz, Köln Hbf., Königsberg (Pr.) Hbf., Leipzig Hbf., Lindau, Marienburg (Westpr.), Mittenwald (im Rathaus in der Nähe des Bahnhofs), München Hbf., Münster (Westf.) Hbf., Nürnberg Hbf., Passau, Regensburg, Saßnitz-Hafen, Stettin Hbf., Stuttgart Hbf., Tilsit, Trier, Warnemünde.

Melcher im Wahlkampf.

In Berlin wurden am Donnerstag drei kommunistische Versammlungen mit verschiedenen Begründungen aufgelöst.

Sie machen madig!

Sozialdemokratische Kampfmethoden!

A.K. Im Braunschweiger „Volksfreund“ (SPD) vom 21. Oktober finden wir folgende Notiz: „Kommunistische Bettelstudenten. In den Arbeitervierteln der Stadt ziehen in den letzten Tagen Kommunisten umher, die nach einigen Strophen mißtönenden Gesanges die Wohnungen „abklappen“ und Geld sammeln. Nach Empfang des Geldes zückt der kommunistische „Fechter“ ein Notizbuch und verzeichnet darin den Namen des arglosen Geldgebers. Auf Befragen nach dem Grunde dieses seltsamen Beginns erklärte auf der Jahrestraße ein bettelnder KPD-Mann: „Wir sammeln für die kommunistische Einheitsfront.“ Sozialdemokraten haben keine Ursache, dem kommunistischen Wahlfonds ihre sauer verdienten Groschen zuzuführen; also Tasche zu.“

Die SPD hat es allerdings nicht nötig, ihren Wahlfonds durch mühevoller Kleinarbeit zu bereichern. Sie läßt ihren Wahlkampf zum großen Teil von den Freien Gewerkschaften finanzieren.

Diese Arbeitsart, mit der auch einmal die Ministersessel und Redaktionsstuben der SPD gezimmet worden sind, mit Ausdrücken wie: „Fechten“, „abklappern“, „seltsames Benehmen“ u. s. w. madig machen zu wollen, liegt eben ganz in der Richtung einer Partei, die nicht nur die Arbeitsmethoden ihrer Gründer vergessen hat, sondern überhaupt vergessen hat, was, Klassenkampf ist.

Parteilpolitische Neutralität?

Die Ortsgruppe des Deutschen Freidenker-Verbandes in Berlin-Britz hatte nichts Gescheiteres zu tun, als dieser Tage in Gemeinschaft mit anderen Kulturorganisationen eine Wahlkundgebung für die Sozialdemokratische Partei zu veranstalten!

Schöne Freidenker, die ausgerechnet für die SP Propaganda machen, obwohl gerade sie es war, die durch ihre Widerstandslosigkeit, ja Begünstigung, die Kulturreaktion erst hoch kommen ließ. Wir erinnern nur an das Konkordat in Preußen. Und um dieser Partei willen lassen sich die Genossen in Britz einen derart offensichtlichen Bruch der parteipolitischen Neutralität zu Schulden kommen.

Die SP hat es leicht, sich über die Wahlfonds-Sammlungen anderer Parteien lustig zu machen, wenn sie ihre Wahlversammlungen von überparteilichen Organisationen veranstalten und also auch finanzieren läßt.

BRUNO GLUCHOWSKI
Hohlen-Kulis
 REVOLTE AN DER RUHR (15)
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 13

„Sie gehen bis zum Tage mit, Göricke. Und Sie, Gerling, auch, Sie könnten es wohl übernehmen, der Frau des Strugalski Bescheid zu sagen. Die Adresse bekommen Sie auf der Markenkontrolle.“

Die Träger nehmen die Bahre auf, gehen langsam den Ueberbau hinunter. Bis in den Querschlag geht der Steiger mit, arbeitet im Geiste schon an dem Unfallbericht. Von Zeit zu Zeit wechseln Günther und Göricke die Träger ab, gehen langsam, um Strugalski nicht unnötige Schmerzen zu bereiten. Bald sind sie am Kreuzgewölbe angelangt. Göricke eilt dem Transport voraus, um den Korb frei zu machen. Am Schacht trifft er auf den Fahrsteiger Gehrman, der mit den Schleppern herumschnauzt, weil ihm die Förderung nicht flott genug geht.

„Glück auf, Herr Fahrsteiger, wir bringen einen Schwerverletzten.“

„So, wer ist es denn?“

„Hauer Strugalski aus Revier II, Flöz 5.“

„Korb frei machen, Verletztenzeichen“, schreit der Fahrsteiger dem Anschläger zu.

Die Träger kommen mit der Bahre heran.

„Gerling und ich sollen mit zutage, Herr Fahrsteiger, die anderen sollen wieder in den Bau zurück“, spricht Göricke, trägt dann mit Günther die Bahre auf den Förderkorb. Der Anschläger gibt das Verletztenzeichen, langsam setzt sich der Korb in Bewegung. Als er am Tage anlangt, stehen Schlepper und Anschläger um den Schacht herum, streifen mit scheuen, mitleidigen Blicken das verstümmelte Gesicht und die zusammengekrümmte Gestalt des Verunglückten. Schon wieder ein Opfer der Grube. Fast kein Tag vergeht, ohne daß sie einen Verletzten oder einen Toten herausbringen. Günther und Walter tragen ihn in die Verbandstube, der Förderkorb aber

saust mit fünfzehn Sekundenmeter Geschwindigkeit in die Tiefe, bringt leere Wagen hinunter, um ebenso schnell hinaufzuzufahren mit acht Kohlenwagen. Hier gibt's keine Besinnung, kein Nachdenken über einen Unglücksfall. Kohle muß gefördert werden, Kohle, Kohle und nochmals Kohle.

Von Schacht I der Rhenania-Gruben führt an der Menage vorbei ein Feldweg zur Kolonie Rheinhofen. Vom Frühjahr bis zum Spätherbst sieht man auf den parzellierten Feldern Kumpels vor oder nach der Arbeitszeit säen, pflanzen, jäten, hacken und ernten. Obwohl es Arbeit ist, kann man es doch immerhin als Erholung ansprechen, und viele, die aus Landgegenden stammen, haben hier die Illusion, daß sie in der Heimat sind. Ohne ein Stückchen Land wären sie unglücklich, könnten sie sich nicht in dieses rauhe, lärmende Industrieleben schieken. So können sie ihre Kartoffeln und ihren Kohl pflanzen, halten sich Kaninchen, Hühner, Ziegen und wenn's hoch kommt, ein Schwein, fühlen sich als kleine Bauern. Aus ihren Mistkuhlen hinter den Häusern schleppen sie den Dung herbei, graben das Land mit dem Spaten um, lassen sich die Arbeit nicht verdrießen. Ein Stückchen Land ist ihnen Lebensbedürfnis, und noch während des Winters laufen sie zum Häuserverwalter, um die Pacht auf die 20 oder 30 Ruten zu erneuern. Und im Herbst, wenn die Kartoffeln ausgemacht sind, streiten sich die Frauen auf den Höfen beim Auslesen derselben, wer die dicksten hat und wessen Feld die meisten Zentner getragen hat. Kartoffeln im Keller, Kohlen, Wurzeln und ein Fäßchen selbsteingemachten Sauerkrautes, das hilft schon über den Winter.

Jetzt aber stehen die Felder kahl, sind die Schollen gefroren, hängt an den Gräsern weißer Reif. Langsam geht Günther, vom Krankenhaus kommend, in das er den verunglückten Strugalski begleitet hat, an ihnen vorbei. Die Hände hat ihm der Pole gedrückt, als er sich von ihm verabschiedet hat und ihn gebeten, seiner Frau nur ja recht schonend Mitteilung zu machen, von dem Unglück, das sie betroffen hat. Es ist ein schwerer Auftrag für einen jungen Menschen, der Ueberbringer einer schlechten Botschaft zu sein. Aber es ist eine Pflicht der Kameradschaft, der man sich nicht entziehen kann. Einige mit Deputatkohlen beladene Kippkarren poltern an ihm vorüber, entladen ihren schwarzen, staubenden Inhalt

vor den Häusern. Mit Eimer und Schippe bewaffnete Männer oder Frauen schleppen sie in die Keller. Ein großer, schwarzer Fleck bleibt auf dem Straßenpflaster und neben ihm ein Häufchen oder ein Haufen Steine, der anzeigt, daß man den Kumpels nicht gerade die besten Kohlen zum Beheizen ihrer Stuben und zum Kochen gibt. Der Kumpel ist geduldig, bezahlt die Steine mit. Man kann es mit ihm machen. Ein Klüngelkors durchzieht, auf einer Blechflöte spielend, die Straßen, macht die Kinder in Aufruhr, die daraufhin von ihren Müttern oder Vätern Lumpen und alte Scheuerklügel erbetteln, um sie bei dem Flötenspieler gegen ein kleines Spielzeug oder eine Zuckerstange einzutauschen. Von Schacht II aus breitet sich die Kolonie nach allen Seiten unregelmäßig aus. Die Häuser sind aus Backsteinen, schwarz verräuchert, unverputzt. Sie sehen in ihrer Gleichförmigkeit kasernenmäßig aus, haben ein winziges Vorgärtchen, das mit einem Latenzaun umgeben ist. Die Bürgersteige sind ungepflastert, die Straßen so schmal, daß man sich gegenseitig in die Fenster sehen und die ehelichen Zwistigkeiten der einzelnen Bewohner mitanhören kann. Die Höfe sind groß, und der Boden besteht aus schwarzer, festgestampfter Erde. Sie sind aber durch die vielen Hühnerställe, die sich die Kumpels gebaut haben, derartig eingeeengt, daß man sich zwischen den vielen hölzernen Gassen hindurchwinden muß. Auf den freien Stellen flattern Wäschestücke an Leinen im Winde. Fahnen der Armut, denn die Hemden, Hosen, Schürzen und Unterröcke sind vielfach gestopft und geflickt.

In die Knappenstraße biegt Günther ein. Sie liegt dicht an der Kokerei, eine braungebe Qualmwolke wälzt sich von dort herüber, die offen stehenden Schlafstubenfenster werden geschlossen. Schmutziggrau ist die Straße, nur an einer Seite bebaut. Die andere Seite wird von der Steinhalde von Schacht II eingenommen, am äußersten Ende ist die Hinterfront der Zechananlagen. Die stinkigen Gase und Qualmchwaden der Kokerei verpesten die Luft, ungesund ist hier das Wohnen. Trostlos beklemmend der Anblick dieser Straße, dieser Proletarierwohnungen, dieser freudlos spielenden Kinder, deren Gesichtszüge weit über ihre Jahre hinaus seltsam ernst anmuten, die das ganze Leid ihrer Klasse schon als Patengeschick mit in die Wiege bekommen zu haben scheinen. (Fortsetzung folgt.)

